

Protokoll Nr. 21 (2019-2023) über die öffentliche Sitzung des Beirates Hemelingen

Sitzungstag: 15.04.2021 Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr Sitzungsende: 22:00 Uhr Sitzungsart- u. ort (Hybrid)
Ortsamt Hemelingen,
Godehardstraße 19

Vom Ortsamt

Jörn Hermening (online)
Silke Lüerssen (online)

Vom Beirat

Ralf Bohr (online)	Beata Linka (online)
Angelika Brand (online)	Christian Meyer (online)
Rainer Conrades	Sezer Öncü (online)
Hans-Peter Hölscher (online)	Waltraut Otten (online)
Heinz Hoffhenke	Harry Rechten (online)
Uwe Jahn (online)	Gerhard Scherer
Uwe Janko (online)	Hannelore Sengstake (online)
Carsten Koczwara (online)	Wolfgang Rabe (online)
Christa Komar (online)	Nurtekin Tepe(online)
Dr. Christian Kornek (online)	

Vom Jugendbeirat

Lukas Zange (online)

Gäste / Referent:innen (online)

Christine Stubbmann (KiTa „Butterblume“)
Susanne Kirchmann (Immobilien Bremen, IB)
Sebastian Gerber (Grundschule Alter Postweg)
Günter Klänelschen (Immobilien Bremen, IB)
Oliver Hasemann (ZwischenZeitZentrale, ZZZ)
Carl Böhm (Wilhelm-Olbers-Schule, WOS)
Frank Block (Senatorin für Kinder und Bildung, SKB)
Dr. Niels Weller (Senatorin für Kinder und Bildung, SKB)
Sylvia Rugen (Grundschule Glockenstraße)
Dr. Birgit Ulmer (Projekt „MITsprache“)
Corinna Garn-Jannusch (Grundschule Glockenstraße Projekt „MITsprache“)
Heike Schilling (Quartiersmanagement Hemelingen)
Heike Schumacher (BUND Landesverband Bremen e.V.)

sowie am Stadtteilgeschehen interessierte Personen (alle online)

TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 11.03.2021 und Rückmeldungen

TOP 2: Fragen, Wünsche, Anregungen in Stadtteilangelegenheiten

TOP 3: Prüfungsauftrag an den Senator für Justiz und Verfassung nach § 7 Absatz 4 Orts- und Beirätegesetz

hier Beratung über den Antrag der CDU

TOP 4: Bericht zum aktuellen Sachstand KiTa-Ausbau sowie Status-I-Bericht zur Anmeldesituation in der Kindertagesbetreuung

TOP 5: Vorstellung des KiTa-Neubauvorhabens „Butterblume“ in der Auguste-Bosse-Straße durch Step Kids KiTas

TOP 6: Leerstand im Stadtteil Hemelingen (Bereich öffentliches Eigentum)

TOP 7: Sprachstand von Schüler:innen im Stadtteil

**TOP 8: BUND Landesverband Bremen e.V. Vorstellung des Projektes
Insektenschaugarten**

**TOP 9: Generelle Aufzeichnung der Beirats- und Ausschusssitzungen im Beirat
Bremen Hemelingen bis zur Erstellung eines genehmigten Protokolls**

hier: Beratung über den Antrag der AfD

TOP 10: Beiratsverschiedenes (u. a.)

- Globalmittelvergabe
- Antrag zum Lärmschutz Stolzenauer Straße
- Aktueller Sachstand zur Sanierung des Altbaus Grundschule Alter Postweg
- Beschlüsse für Maßnahmen Verkehrsbudget des Beirates

Jörn Hermening eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er schlägt vor, dass das Thema „Aktueller Sachstand zur Sanierung des Altbaus Grundschule Alter Postweg“ aufgrund des großen Interesses im Stadtteil zur Behandlung auf der heutigen Sitzung vorgezogen wird. Der Beirat erklärt sein Einverständnis.

Da zum mit der Einladung versandten Vorschlag zur Tagesordnung von den Beiratsmitgliedern keine weiteren Änderungs- bzw. Ergänzungswünsche geäußert werden, wird dieser als Tagesordnung beschlossen.

TOP 1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 11.03.2021 und Rückmeldungen

Das Protokoll der Sitzung vom 11.03.2021 wird genehmigt.

Rückmeldungen auf Beiratsbeschlüsse.

Antwort der Autobahn GmbH des Bundes auf den Beschluss vom 15.03.2021

...Die Lärmsituation im Bereich Hemelingen verursacht durch die BAB A 1 sowie den Autobahnzubringer Hemelingen hatten wir bereits in der von Ihnen genannten Sitzung am 11.02.2021 thematisiert und ausführlich erörtert.

Zu den Punkten 1 bis 4 (Punkt 5 fällt nicht in unsere Zuständigkeit) nehme ich zusammengefasst wie folgt Stellung:

Zunächst möchte ich darauf hinweisen, dass die Lärmaktionsplanung auf anderen theoretischen Grundlagen und Berechnungsmethoden fußt als das für den Straßenbaulastträger relevante Regelwerk.

Somit ist keine unmittelbare Vergleichbarkeit der jeweils ermittelten Werte miteinander möglich. Um verlässliche Aussagen hinsichtlich entsprechender Ansprüche im Rahmen der Lärmsanierung machen zu können, müsste nunmehr eine Berechnung nach unseren einschlägigen Regelwerken erfolgen.

Unabhängig davon ist - wie bereits durch das ASV erläutert – bereits im Jahr 2014 eine Lärmsanierung erfolgt, weiterhin erfolgen durch die DEGES bereits erste Überlegungen zur Planung des achtstreifigen Ausbaus. Im Zuge einer zukünftigen Ausbauplanung würden die im Vergleich zur Lärmsanierung besseren Immissionsgrenzwerte der Lärmvorsorge berücksichtigt werden.

In diesem Zusammenhang sei auch noch einmal angemerkt, dass das Instrument der Lärmsanierung ist eine freiwillige Leistung des Bundes darstellt und erfordert, dass ausreichende Mittel zur Verfügung stehen.

Aufgrund der bereits erfolgten Lärmsanierung und der bevorstehenden Umplanung bei der ohnehin ein höherwertiger Lärmschutz als bei der Lärmsanierung berücksichtigt wird, ist derzeit von einer erneuten zwischengeschalteten Lärmsanierung nicht auszugehen.

Hinsichtlich der vorhandenen Lärmschutzwände liegen mir keine Informationen vor, die besagen würden, dass diese nicht mehr intakt wären. Hiervon ist auch nicht auszugehen, da die Errichtung ja auch erst vor relativ kurzer Zeit erfolgt ist.

Eine von der Windrichtung abhängige Regelung der Höchstgeschwindigkeit halte ich für aussichtslos, weil es hierfür auch einer gesetzlichen Grundlage bedarf, die ich nicht zu erkennen vermag. Ungeachtet dessen wird bei den Lärmschutzberechnungen aber auch von vornherein mit Wind von der Schallquelle in Richtung der Lärmbetroffenen gerechnet, so dass dieser Einfluss bereits hinreichend gewürdigt wird.

Die Geschwindigkeit kann nicht ohne weiteres beliebig abgesenkt werden. Zunächst wäre eine Überprüfung hinsichtlich der Anforderungen bzw. Grenzwertüberschreitungen gemäß Lärmschutz-Richtlinien-StV erforderlich. Diese Ergebnisse und die Bedeutung der jeweils von einer fiktiven Geschwindigkeitsbeschränkung betroffenen Straße müssen seitens der zuständigen Straßenverkehrsbehörde einer abschließenden Bewertung bzw. Abwägung zugeführt werden, bevor gegebenenfalls eine Absenkung der zulässigen Geschwindigkeit erfolgen kann.

Verweis in den Fachausschuss „Umwelt, Lärm und Gesundheit“ (Sitzung am 17.05.2021).

TOP 2 Fragen, Wünsche, Anregungen in Stadtteilangelegenheiten

Bürgerantrag von Frank Brand: ..der "Saarburger Park" - nachfolgend SB genannt - ist ein Park mit See, gelegen östlich der Saarburger Str., westlich der Stößer Str., südlich der Privatstraßen des B-plans 2437, nördlich der KiTa Saarburger Str. bzw. des Sportplatzes. Gemäß dem B-Plan 2437 und des Erschließungsvertrages vom 27.2.2008 (liegt dem Ortsamt vor) soll/ist der Saarburger Park an die Erschließungsbausträger hvd und viva verkauft worden. diese bzw. die Einzelkäufer der Eigentumswohnanlage, sowie der Reihenhausgrundstücke und der Doppel- bzw. Einzelhauskäufer wurden per Grundstückskaufvertrag zur Pflege des Parks und Verkehrssicherung verpflichtet. Der Park ist von den Bauträgern noch nicht an die Kaufeigentümer übergeben worden. dieses bedarf einer getrennten Abnahme mit den Käufern, außerhalb ihrer Individualabnahmen.

Eine Abnahme, zumindest für die Hausnummern Bexbacher Str. 25 bis 61 (eine der Bruchteilsgemeinschaften der Privatstraßen bzw. Kfz-Stellplatzanlagen) ist in 2015 und weiteren Jahren mindestens 3 x bei den Bauträgern angemahnt worden. Diese haben allerdings darauf nicht reagiert. Somit kann ich von mir aus nur folgern, dass die Bauträger hvd und viva noch rechtliche Eigentümer sind. Dieses dürfte auch für die Privatstraßen im gesamten Gebiet des B-Plans 2437 gelten. In den Jahren 2015 bis 2017 erfolgte durch die Bauträger auch eine Pflege des SB. In 2020 erfolgte ein teilweiser Rückschnitt von Pflanzen bzw. Rasen an den Wegrändern. Das Ortsamt Hemelingen hatte die Eigentümer diesbezüglich und wegen des schlechten Pflegezustandes des SB angeschrieben. Es wurde versucht, über die Bauträger bzw. deren Hausverwaltung die Eigentümer zusammen zu trommeln, welches aber scheiterte. Es liegt offenbar auch keine Gesamtliste aller Eigentümer (1 weg und ca. 50 2Einzeleigentümer) vor.

Ich stelle daher den Antrag auf eigentumsrechtliche Rückübertragung des Eigentums an der Fläche des SB, mit ca. 12.600 m² Grundstücksfläche an die Stadtgemeinde Bremen. Es ist aus Sicht des BbaUG (Bundesbaugesetz) originäre Aufgabe einer Gemeinde, hier der Stadt, solche öffentlichen Räume zu generieren bzw. zu unterhalten.

Zumal der Park auch auf Kosten der Bauträger / Käufer veröffentlicht ist / werden soll, ist eine Ineigentumsnahme durch die Stadt hier angezeigt.

Aus dem Erschließungsvertrag ergibt sich, dass die Bauträger folgende Bürgschaften für die Erschließungen hinterlegt haben:

- 122.000 € für die Erschließung bzw. Herstellung des SB
- 608.000 € für die Erschließung der Straßen und Wege.

Vorgenannte Bürgschaften dürften aus meiner Sicht noch bei der Stadt liegen.

Ich könnte mir vorstellen, dass von der Bürgschaft für den SB ein Teil zur Wiederherstellung und Rückübernahme verwendet werden könnte. ebenso zur zukünftigen Unterhaltung durch die Stadt. Weiterhin ist die Privatstraße vor den Hausnummern Bexbacher Str. 1 bis 23 noch nicht hergestellt. Offenbar haben die Bauträger hvd / viva die Herstellung der Straße an den

Bauträger jacobi, der ca. 2016 insolvent wurde, abgetreten. Hier könnte die Bürgschaft zur Herstellung der Privatstraße verwendet werden.

Verweis in den Fachausschuss „Bau, Klimaschutz und Mobilität“ (Sitzung am 04.05.2021).

Bürgerantrag von Christine Schinke: Mittel für mehrfährige Blumenzwiebelbepflanzung entlang des Heufeldfleetes beginnend ab Schloßparkbad in Richtung Im Holter Feld sowie am Wasserlauf entlang der Ludwig-Roselius-Allee Kreuzung Im Holter Feld in Richtung Hermann-Könen-Str. vorzusehen. Von Vorteil wäre auch eine Auswahl an zeitlich unterschiedlich blühender Bepflanzung. Aus Kostengründen wäre selbstvermehrnde Bepflanzung von Vorteil.

Begründung:

Um die Kreuzung Im Holter Feld Ecke Ludwig-Roselius-Allee zu verschönern, schlage ich den o.g. Antrag vor. Der viel befahrene Rad- und Wanderweg würde aufgewertet und stellt eine farbenfrohe optische Führung in Richtung Schloßpark Sebaldsbrück dar.

Diese Maßnahme trägt zur Verschönerung von Sebaldsbrück und zum Wohlbefinden der Bürger bei, ganz im Sinne des Senatsbeschlusses, Bericht des Weser-Kuriers vom 03.04.21 mit dem Titel „Mehr Geld für die Parks“.

Ich bitte um Antwort.

Der Bürgerantrag wird vom Beirat unterstützt und vom Ortsamt an den Umweltbetrieb mit der Bitte um Umsetzung weitergeleitet.

Bürgerantrag von Andreas Pitschmann und Vera Schöttler:..Zunächst möchten wir unserem Bedauern darüber Ausdruck verleihen, dass eine Verankerung der Rechte von Kindern in das Grundgesetz bisher noch keinen Eingang gefunden hat. (<https://kinderrechte-ins-grundgesetz.de/>) Zugleich begrüßen wir die Bestrebungen, die Kinderrechte in der Bremischen Landesverfassung in Artikel 25 mit den Absätzen 2 und 3 zu konkretisieren und zu stärken. Sodann haben wir den Eindruck gewonnen, dass für die Verwirklichung von Kinderrechten den Jugendämtern gesellschaftlich eine beinahe unangetastete Kernfunktion zukommt:

Sie stehen für den Schutz der Kinder vor jeder Art von Gewalt.

Sie stehen für die Verwirklichung von Entwicklungschancen für Kinder in prekären Familienverhältnissen.

Sie stehen für die Verwirklichung von Entwicklungschancen für diejenigen Kinder, die sie als Auftraggeber Diensten und Einrichtungen anvertraut haben.

Unsere Kernfragen lauten:

*Welche **Konsequenzen** sollen sich nach politischem Willen aus der Verfassungsänderung zuallererst für die zentrale Rolle des Jugendamtes Bremen ergeben?*

*Welche unabhängigen gesellschaftlichen Institutionen haben die Möglichkeit, die **Qualität und Wirksamkeit** der Arbeit von Jugendämtern strukturell und einzelfallbezogen zu überwachen?*

***Strukturell** bedeutet zum Beispiel:*

*1. Bestehen für die Fallmanager*innen ausreichend Personalressourcen im Verhältnis zum Fallbestand?*

2. Wie wirksam ist die Kontinuität der Hilfeplanung und -überwachung bei Ausfallzeiten und Vakanzen, an Wochenenden und Feiertagen geregelt?

3. Verfügt das eingesetzte Personal, gerade in den schwierigen Fällen bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung, über die notwendige Qualifikation, die ausreichende Erfahrung und die Fähigkeit zur Selbstreflexion?

*4. Ist das bestehende Verfahren behördeninterner Fallkonferenzen in kritischen Fällen effektiv geregelt? Wie wird sichergestellt, dass die Darstellung des/der Fallmanager*in auch ausreichend kritisch hinterfragt wird? Der Schutz eines Kindes darf nicht von einer einzigen Behördenperson abhängig sein!*

5. Wie nachhaltig wird die Wirksamkeit der Arbeit von Dienstleistern geprüft, die z.B. als Familienhilfen oder Krisendienste beauftragt werden?

Einzelfallbezogen bedeutet zum Beispiel:

1. Welche Wege der Transparenz können gewählt werden, wenn Kinderschutz vor Datenschutz gelten soll? Eingaben von Bürger*innen bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung verschwinden in einer „Blackbox“. Mit Hinweis auf den Datenschutz gehen nur Informationen in das Jugendamt hinein, aber niemals überprüfbar hinaus!
2. Wer ist der Garant dafür, dass alle relevanten Informationen zur Situation des Kindes (Familienangehörige, Polizei, Jugendamt, KiTa, Schule, bereits eingerichtete therapeutische Dienste und Hilfen) aktiv eingeholt und an einer Stelle gebündelt werden? Hinweisen auf Kindeswohlgefährdung kann defensiv oder proaktiv nachgegangen werden.
3. Wie wird sichergestellt, dass die Lebenssituation und die Rechte des Kindes gegenüber denen der Erziehungsberechtigten in prekären Verhältnissen oder gegenüber Personen, von deren Sichtweise es materiell und emotional abhängige ist, gleichrangig zur Geltung kommen? Wer ist im Interesse des Kindes unabhängige/r Fürsprecher*in in einem Wald aus Interessenlagen, einschließlich des Jugendamtes?
Wir sprechen beispielhaft von Erfahrungen mit dem Amt für Soziale Dienste (Sozialzentrum 6 Hemelingen/Osterholz) in der Pfalzbürger Straße und wenden uns deshalb an den Ortsrat Bremen-Hemelingen.

Verweis in den Fachausschuss „Bildung, Soziales, Integration und Kultur“ (Sitzung am 19.04.2021).

Bürgerbeschwerden

-wg. aufgesetztem Parken von Firmenwagen / LKW in der Hermann-Funk-Straße: *Ich habe mehrfach in der Hermann-Funk-Straße das aufgesetzte Parken der LKW's der Firma Hirsch auf dem Gehweg festgestellt. Besonders auf der Seite der Recycling-Station. Frage dazu: Ist dieses so erlaubt? Und wenn nicht, wer sorgt dafür, dass dieses unterbleibt? Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Gewichte der LKW's (entladen oder beladen) für die Gehwegplatten ausreichen. Für Fußgänger ist somit auch keine ausreichende Gehwegbreite mehr gewährleistet. Sollten die Fahrzeuge der Firma Hirsch allerdings beidseitig auf der Straße parken, ist eine ausreichende Durchfahrbreite auch nicht mehr gewährleistet. Daher schlage ich vor: Auf die Firma Hirsch einzuwirken, damit die Autos grundsätzlich auf dem Firmengelände abgestellt werden.*

Verweis in den Fachausschuss „Bau, Klimaschutz und Mobilität“ (Sitzung am 04.05.2021).

-wg. privaten Parkverbotsschild: *Ich möchte hiermit darauf hinweisen, dass im Bereich der Oberurseler Str. vor dem Bäckerladen ein (privates) Parkverbot Schild steht, welches eine ungünstige Höhe hat, so dass unachtsame Fußgänger aber auch Radfahrer sich an diesem scharfkantigen Schild verletzen können. Für kleinere Personen könnte ein Zusammenstoß mit dem Schild im wahrsten Sinne des Wortes ins Auge gehen. Ich bitte daher darum, dies zu prüfen und schnellstmöglich Abhilfe in Absprache mit dem Eigentümer zu schaffen.*

Verweis in den Fachausschuss „Bau, Klimaschutz und Mobilität“ (Sitzung am 04.05.2021).

-wg. Parksituation bei der Packstation Herrmann-Osterloh-Str. / Oberurseler Str: *Ich möchte auf die Situation rund um die Packstation Herrmann-Osterloh-Str. / Oberurseler Str. aufmerksam machen. Diese Packstation wird viel frequentiert von Arbergern und Mahndorfern. Direkt an der Packstation befindet sich ja der Zebrastreifen der auch sehr viel genutzt wird, sowie einige Parkplätze direkt an der Packstation. In diesem Zusammenhang kommt es leider zu verschiedenen unschönen Situationen:*

1. Die DHL Fahrzeuge müssen auf dem Fuß-/Radweg halten, da der Parkstreifen von Anwohnern zugeparkt wird.
2. Einige Anwohner/Anlieger Parken direkt am Zebrastreifen mit einem Transporter, wodurch die Sicht auf Personen die den Zebrastreifen überqueren wollen stark eingeschränkt wird, es ist hier schon mehreren Personen inkl. mir selbst passiert, dass man fast überfahren wurde!

Von daher möchte ich um folgendes bitten:

- 1. Verkürzung des Parkstreifens am Zebrastreifen um eine PKW-Länge, damit der Zebrastreifen besser einsehbar ist*
- 2. Den Parkstreifen als Parkverbot zu kennzeichnen, um die Dauerparker hier zu vertreiben, damit DHL und ggf. auf Packstation Abholer PKW hier nur zum Ent-/Beladen stehen dürfen. Was im Übrigen die Sicht auf den Zebrastreifen auch weiter verbessert und den Fuß-/Radweg freihält.*

Verweis in den Fachausschuss „Bau, Klimaschutz und Mobilität“ (Sitzung am 04.05.2021).

Jens Dennhardt (Fachausschussmitglied „Stadtteilentwicklung u. Wirtschaft“) teilt mit, dass er aus der heutigen Presseberichterstattung entnommen habe, dass die Coffein Compagnie (CC) zwei Verfahren in den kommenden Jahren umsetzen werde, die zu einer weiteren Geruchsreduzierung im Stadtteil beitragen würden. Ralf Bohr merkt an, dass der Beirat dies schon sehr lange fordere; es gebe durchaus technische Möglichkeiten. Hans-Peter Hölscher erwidert, dass die Firma alle zurzeit gültigen gesetzlichen Auflagen erfülle. Dies sei eine freiwillige Maßnahme der CC. Christian Meyer schließt sich den Ausführungen von Hans-Peter Hölscher an.

TOP 10 Verschiedenes

Hier: Aktueller Sachstand zur Sanierung des Altbaus Grundschule Alter Postweg

Jörn Hermening teilt einleitend mit, dass auf der Sitzung des Geschäftsführungsausschusses am 11.03.2021 der nachfolgende Beschluss gefasst wurde:

Umgehende Sanierung des Altbaus „Schule am Alten Postweg“ und Rückkehr der Schüler*innen nach den Osterferien

Der Beirat Hemelingen unterstützt die Forderungen der Eltern der „Schule am Alten Postweg“ nachdrücklich:

- Schnellstmögliche Nutzbarmachung des Altbaus damit die Kinder etwas „Normalität“ erfahren können und nach den Osterferien wieder in die Schule zurückkehren können.*
- Erarbeitung und zügige Umsetzung eines Gesamtkonzeptes zur Komplettsanierung bzw. Neubau der Schule am Alten Postweg durch Immobilien Bremen und die Bildungsbehörde unter Berücksichtigung der bereits erfolgten Planungen zum Ganztagsausbau. Durch die jetzigen Maßnahmen darf es zu keiner weiteren Verzögerung der Umsetzung des Ganztags Schulbetriebes kommen.*
- Zur kommenden Beiratssitzung am 15. April soll dem Beirat ein aktueller Sachstand zur baulichen Situation der Grundschule Alter Postweg durch IB und SK vorgelegt werden.*

Die Antwort des Senators für Finanzen vom 26.03.2021 ist als Anlage 1 dem Protokoll beigelegt. Susanne Kirchmann teilt erläuternd dazu mit, dass derzeit Untersuchungen von Immobilien Bremen in dem Altbau der Grundschule Alter Postweg laufen. Es gebe unterschiedliche Befunde zur Statik. In den Decken im Erdgeschoss und im ersten Obergeschoss sei bei zurückliegenden Sanierungsarbeiten zu viel Estrich - vermutlich um für mehr Schallschutz zu sorgen, aufgetragen und dadurch seien die Decken überlastet worden. Dies verträge sich offensichtlich nicht mit dem statischen Aufbau des Gebäudes. Alle Estriche, die falsch eingebaut wurden, sollen durch Trockenestrich ersetzt werden. In den nächsten Tagen werden abschließende Ergebnisse erwartet, die Aufschluss darüber geben werden, ob die Statik durch zusätzliche Vorkehrungen stabilisiert werden könne, so dass ein Schulbetrieb in absehbarer Zeit wieder möglich werde. Sie sei zuversichtlich, dass „wir bis Pfingsten fertig sind und die Kinder guten Gewissens hinschicken können.“

Auf die Frage von Dr. Christian Kornek, ob dies eine dauerhafte Lösung sei oder kurzfristig dann wieder etwas gemacht werden müsse, antwortet Susanne Kirchmann, dass für die Gebäudesicherheit die Maßnahmen ausreichen würden. Die Schule solle - wie geplant -

weiterhin für den Ganzttag umgebaut werden. Die überlastete Statik sei bei vorbereitenden Untersuchungen für den geplanten Ausbau der Schule aufgefallen. Ob die Bausubstanz für einen Umbau noch ausreiche, sollen die parallel zu den Ausbesserungsarbeiten laufenden Untersuchungen zeigen. Dann werde entschieden, ob es zu einer Sanierung oder einem Ersatzbau kommen müsse. Carsten Koczvara teilt mit, dass er dafür sei, „eher den Bau platt zu machen und neu zu bauen.“ Er weist auch auf die marode Elektrik hin. Christa Komar berichtet, dass sie als Sprecherin des Fachausschusses „Bildung, Soziales, Integration und Kultur“ an einem Runden Tisch zur Grundschule Alter Postweg teilgenommen habe, zu dem die Senatorin für Kinder und Bildung am 12.04.2021 eingeladen habe. Dort sei u.a. mitgeteilt worden, dass - egal zu welcher Entscheidung (Sanierung oder Neubau) man komme, auf die Schule beim Ausbau zur Ganztagschule eine Zwischenlösung mit Containern zukommen werde. Es mögliche Standorte seien der Jakobsberg und die Malerstraße (Standort Kinderhaus Malerstraße) vorgeschlagen worden. Den Kindern sei versprochen worden, dass sie nach Pfingsten wieder in ihre alte Schule gehen können. Büroräume des leer stehenden Telekomgebäudes in der Stresemannstraße werden zurzeit als Notlösung für die Schüler:innen der Grundschule als Klassenzimmer genutzt. Das Gelände habe keinen Spielplatz auf dem sich die Kinder während der Pausen aufhalten können. Die Schüler:innen werden per Bustransfer vom Alten Postweg zur Stresemannstraße gefahren. Ralf Bohr weist auf die pandemiebedingten Abstände während der Schüler:innenbeförderung per Bus hin und fragt nach evtl. zeitliche Verzögerung des geplanten Ganztagsausbaus. Hans-Peter Hölscher teilt mit, dass die Situation an der Schule nicht neu sei: „Seit über zehn Jahren sprechen wir über den schlechten Zustand der Schule. Ein Abriss ist eine Option, ich möchte, dass sich Immobilien Bremen, das Bildungs- und Finanzressort und die Bausenatorin an einen Tisch sitzen“. Heinz Hoffhenke ergänzt, dass für die betroffenen Eltern ein Zeitplan wichtig sei. Uwe Janko merkt an, dass für ihn das Gebäude baufällig sei - da mache eine 'quick-and-dirty'-Lösung keinen Sinn. Er fragt nach, ob Immobilien Bremen einen Überblick über alle Mängel habe.

Dr. Niels Weller antwortet, dass aus dem Gebäude in der Stresemannstraße in zwei Wochen keine Schule hergestellt werden könne. Es sei das einzige Gebäude gewesen, das frei gewesen sei und in der Nähe gelegen habe. Derzeit können die Schüler:innen nur eingeschränkt die Parkplatzfläche des Gebäudes für die Pause nutzen. Es werde daran gearbeitet, die Pausensituation zu verbessern. Zur Schüler:innenbeförderung per Bus zu Corona-Zeiten teilt er mit, dass zwei Gelenkbusse der Bremer Straßenbahn AG eingesetzt werden. Sebastian Gerber teilt mit, dass Lehrkräfte die Schüler:innen begleiten und auch die Polizei vor Ort zur Schulwegsicherung präsent sei.

Susanne Kirchmann teilt mit, dass von Immobilien Bremen alle drei Jahre eine Bauzustandsaufnahme und bei geplanten Baumaßnahmen eine vertiefte Bauzustandsaufnahme erfolge, in der sich ein Gesamtüberblick verschafft werde. Ob Sanierung oder Abriss – es müsse für den Ganztagsausbau eine Containeranlage (ca. 15 Monate werde es dauern bis die Anlage stehen würde) aufgestellt werden. Die von Christa Komar genannten Standorte würden zurzeit geprüft. Bei der Planung des Ganztagsbetriebes der Schule sei man noch im Zeitplan.

Wiebke Lewerenz (Elternsprecherin Grundschule Alter Postweg) weist auf die schwierige Situation von Eltern hin, die sich bald für eine Grundschule für ihre Kinder entscheiden müssen. Die Elternsprecher hätten die Sorge, dass die Schule „ausbluten“ könne, da Eltern bei der Schulwahl lieber eine andere Schule auswählen, weil sie nicht wissen, wie es am Postweg weitergehe.

Carsten Koczvara beantragt „Schluss der Debatte“. Ralf Bohr widerspricht und beantragt „Schluss der Redner:innenliste“. Jörn Hermening lässt über den weitergehenden Antrag „Schluss der Debatte“ abstimmen. Abstimmungsergebnis: Ablehnung (4 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung). Jörn Hermening erteilt den Personen, die er auf der Redner:innenliste aufgeführt hat, nunmehr nacheinander das Wort.

Christa Komar teilt mit, dass sie Wiebke Lewerenz unterstütze. Es gehe nicht nur um das Gebäude, sondern auch um die Kinder. Der Ortsteil habe eine große Verbundenheit zur Schule Alter Postweg. Sie schlägt vor, die Diskussion auf der Sitzung des Fachausschusses „Bildung, Soziales, Integration und Kultur“ am 19.04.2021 fortzuführen.

Uwe Jahn teilt mit, dass der mangelhafte Zustand der Schule seit fast 20 Jahren verwaltet werde. Er bedanke sich ausdrücklich beim Kollegium der Grundschule Alter Postweg für das große Engagement, mit dem sie diesen Mangel ausgeglichen haben. Hans-Peter Hölscher beantragt, dass sich der Fachausschusses „Bildung, Soziales, Integration und Kultur“ mit den eingereichten Anträgen (Anlage 2) befassen solle. Harry Rechten und Ralf Bohr schließen sich an. Dr. Christian Kornek teilt mit, dass der Beirat den Antrag der CDU-Fraktion auf der heutigen Sitzung behandeln solle, stellt diesen vor und begründet ihn (ebenda siehe Anlage 2). In der Diskussion wird deutlich, dass auch die ablehnenden Personen aus dem Beirat hinter dem Antrag stehen, diesen aber zunächst im Fachausschuss diskutieren möchten.

Jörn Hermening lässt über den Antrag abstimmen. Abstimmungsergebnis: Ablehnung (7 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen).

TOP 3 Prüfungsauftrag an den Senator für Justiz und Verfassung nach § 7 Absatz 4 Orts- und Beirätegesetz

hier Beratung über den Antrag der CDU

Hannelore Sengstake stellt den nachfolgenden Antrag vor und begründet ihn

*Prüfungsauftrag an den Senator für Justiz und Verfassung nach § 7 Absatz 4 OBG
Eine rechtliche Beratung / Befassung / Prüfung durch den Senator für Justiz und Verfassung nach § 7 Absatz 4 OBG zur Klärung der Frage, ob es rechtlich zulässig ist, dass Mitglieder des Beirates Vahr im Regionalausschuss über Sachfragen abschließend abstimmen dürfen, die ausschließlich den Ortsamtsbereich Hemelingen betreffen. Fraglich ist, ob durch Beschlüsse des Regionalausschusses höherrangiges Recht (Wahlrecht) verletzt wird. Die örtliche Zuständigkeit ist ganz offensichtlich nicht erfüllt, weil die Beiratsmitglieder in der Vahr für diesen Bereich nicht gewählt sind und in diesem auch nicht wohnen.*

Eine grundsätzliche, rechtliche Klarstellung wäre hilfreich, damit es zu diesem Thema nicht (wieder) zu gerichtlichen Klagen kommt.

Hans-Peter Hölscher verweist ausdrücklich auf § 24 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter¹ und lehnt den Antrag ab. Harry Rechten schließt sich an. Jens Dennhardt äußert als Mitglied des Regionalausschusses Rennbahngelände, dass im Antrag von falschen Voraussetzungen ausgegangen werde; der Regionalausschuss habe Empfehlungen abgegeben. Dr. Christian Kornek und Christian Meyer teilen mit, dass sie durch den Prüfauftrag Rechtssicherheit erlangen wollen. Ralf Bohr merkt an, dass auch in der vorigen Wahlperiode die Beiräte Hemelingen und Vahr im gegenseitigen Einvernehmen einen Regionalausschuss eingesetzt haben. Nurtekin Tepe bestätigt, dass „es den Regionalausschuss schon lange gebe“.

Jörn Hermening stellt den Antrag zur Abstimmung

Abstimmungsergebnis: Ablehnung (7 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen)

¹ § 24 Beiratsübergreifende Zusammenarbeit

(1) Beiräte können im gegenseitigen Einvernehmen nicht ständig tagende Regionalausschüsse einsetzen, wenn Angelegenheiten mehrere Beiratsbereiche betreffen. Welchem Ortsamt die Geschäftsführung obliegt, bestimmen die betroffenen Beiräte im Einvernehmen.

Uwe Jahn teilt nach der erfolgten Abstimmung mit, dass er es begrüßen würde, wenn sich die CDU trotzdem selbst eine Rechtsauskunft einhole.

TOP 4 Bericht zum aktuellen Sachstand KiTa-Ausbau sowie Status-I-Bericht zur Anmeldesituation in der Kindertagesbetreuung

Der TOP wird aufgrund der Erkrankung der Referentin auf die Sitzung am 06.05.2021 vertagt.

TOP 5 Vorstellung des KiTa-Neubauvorhabens „Butterblume“ in der Auguste-Bosse-Straße durch Step Kids KiTas

Christine Stubbmann stellt anhand einer Präsentation das KiTa-Neubauvorhaben „Butterblume“ in der Auguste-Bosse-Straße (Anlage 3) vor. Angelika Brand fragt, ob ausreichend Personal in der Einrichtung vorhanden sei. Frau Stubbmann antwortet, dass aufgrund der Personalsituation eine KiTa-Gruppe erst zum 01.08.2021 beginne, die anderen aber vorher. Hans-Peter Hölscher, Ralf Bohr und Christian Meyer heißen die Einrichtung herzlich willkommen im Stadtteil und bedanken sich bei Christine Stubbmann.

TOP 6 Leerstand im Stadtteil Hemelingen (Bereich öffentliches Eigentum)

Folgende Fragen wurden an Immobilien Bremen zur Vorbereitung auf die Sitzung übermittelt, auf die Günter Klänelschen auf der Sitzung eingeht. Einleitend teilt er mit, dass grundsätzlich nur eine geringe Leerstandsquote bestehe.

- Was passiert mit dem Gebäude der ehem. Waldorfschule in der Parsevalstraße? Nach Kenntnisstand des Beirates wird das Gebäude zum Teil von der angrenzenden Schule und der Buche (Verein) genutzt.
- Kaufhunger Weg 2 – wie lange ist das Gebäude vermietet? Als Wohnung oder anderweitig?

Das Gebäude sei gerade umgenutzt worden. Es sei wirtschaftlich nicht darstellbar, dieses Gebäude für eine Vermietung herzurichten.

- Sebaldsbrücker Heerstraße 98 – Was hat die Prüfung als KiTa- Standort ergeben? Wenn dort ein Abriss und eine andere Nutzung geplant ist, wurde bereits eine Änderung des Bebauungsplans angeregt? Wenn nein – wann soll das passieren?

Es wurde eine Machbarkeitsstudie durchgeführt nach der von einer Teilsanierung und einem teilweisen Abriss ausgegangen wurde. Die vertiefte Bauzustandsaufnahme habe leider ergeben, dass eine Sanierung wirtschaftlich nicht darstellbar sei. Bebauungsplanänderung werden ggf. im weiteren Verfahren angeregt.

- Drebberstraße 10 - wie lange ist das Gebäude vermietet? Als Wohnung oder anderweitig?

Dies sei ein Leerstand. Es gab eine Anfrage der SKB; das Gebäude sei evtl. nutzbar für temporäre Zwecke.

Zu Thema Vermietung: Es sei aufwendig eine Nutzungsänderung zu erhalten. Weiterhin habe IB „schlechte Erfahrungen“ mit der Vermietung an Private auf Schulgrundstücken. Carl Böhm merkt an, dass die Drebberstraße 10 nicht leer stehen würde. Das Gebäude sei eher überfüllt und könnte einen Ausbau brauchen. Speziell der naturwissenschaftliche Bereich sei „schwerstens sanierungsbedürftig“. Hier haben Hausmeisterhaus und Schulgebäude die gleiche Adresse, beim Leerstand handelt es sich nur um das Hausmeistergebäude.

- Parsevalstraße 2 - wie lange ist das Gebäude vermietet? Als Wohnung oder anderweitig?

Im Gebäude der Parsevalstraße 2 seien zwei ehemalige Hausmeisterwohnungen. Es werde an einem Masterplan für das gesamte Schulgelände gearbeitet.

- Mahndorfer Heerstraße 55 - wie lange ist das Gebäude vermietet? Als Wohnung oder anderweitig?

Das Gebäude in Mahndorfer Heerstraße 55 sei eine ehemalige Hausmeisterwohnung. Ziel sei es, diese zu vermieten.

- Beim Sattelhof – Wie ist der Zeitplan für Abriss und Kita-Neubau?

Hier gibt es keine Veränderungen im Zeitplan, die Container-Kita wird bis zur Fertigstellung des Neubaus bestehen bleiben.

- Sebaldsbrücker Heerstraße 97 – ist inzwischen die Versorgung geregelt worden? Gibt es Sanierungspläne? Gibt es inzwischen alternative Mietangebote für die Personen aus den Nachbargebäuden im städtischen Besitz?

Das Gebäude gehöre zum Sondervermögen Infrastruktur; die Zuständigkeit liege nicht bei IB sondern bei der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (SKUMS). Die Fragen müssten daher von der SKUMS beantwortet werden.

Oliver Hasemann teilt abschließend mit, dass die ZZZ in engem Kontakt mit IB stehe; so konnte div. Projekte / Zwischennutzungen in den letzten Jahren durchgeführt werden (u. a. die Komplette Palette auf dem Hemelinger Sand, Vermietung von Lagerflächen in der Dreberstraße, Projekte im Tamra-Hemelingen-Park 2011 im Rahmen von „aller.ort“).

TOP 7 Sprachstand von Schüler:innen im Stadtteil

Folgende Fragen zum „Sprachentwicklungsrückstand“ sind an die SKB weitergeleitet worden:

- Ist der „Sprachentwicklungsrückstand“ auch in Kitas zu beobachten; was haben die Auswertungen von Citotests und Sprachförderung im letzten Jahr ergeben?
- Wie sieht es in Grund- und Oberschulen aus?
- Ist ein Rückstand in der Sprachentwicklung seit der Coronazeit zu beobachten?

Jörn Hermening berichtet, dass lt. Mitteilung der SKB der Gesamtkontext Sprachförderung Gegenstand der nächsten Deputationssitzung am 28. April 2021 sein werde und Frank Block den Beirat über die Sprachstandsfeststellung mit Cito / Primo informieren werde.

Frank Block teilt mit, dass er seit einem Jahr für den sogenannten Cito-Test im Bildungsressort verantwortlich sei. Diese Tests am PC finden üblicherweise nach vorheriger Terminvergabe in den Grundschulen statt. Ein Verfahren, welches im vergangenen Jahr angesichts der Pandemie nicht mehr durchführbar war, da zur üblichen Haupttestphase im April die Schulen geschlossen waren. Danach blieb betriebsfremden Personen der Zugang verwehrt. Um eine Einschätzung der Sprachentwicklung zu erhalten, wurden die pädagogischen Fachkräften in den Kindertagesstätten befragt. Der Anspruch sei nicht gewesen, dass die Fachkräfte bei ihrer Einschätzung der Sprachentwicklung genauso objektiv wie das Computerprogramm vorgehen. Kinder, die nicht im Kindergarten angemeldet waren, konnten in Begleitung ihrer Eltern in Schulen getestet werden. Auf diesen beiden Wegen habe die Behörde ca. 5.000 Vorschulkinder und damit 95 Prozent derjenigen, die man erreichen wollte, erfasst. Insgesamt sei die Förderquote im Jahr der Einschätzung des Sprachstandes höher (knapp 10% Punkte). Die Zahlen für den Stadtteil Hemelingen könne er nicht mitteilen, da er sich zurzeit im homeoffice befinde. Er werde dies aber nachholen. Auch dieses Jahr solle der Sprachstand bis September durch den Test ermittelt werden. Die Durchführung hänge allerdings vom Infektionsgeschehen, Öffnung der Schulen und der Umsetzbarkeit ab. Sollte dies nicht möglich sein, wird erneut die Einschätzung durch

pädagogische Fachkräfte erfolgen. Inhaltlich bleibe der Test derselbe, es ändert sich aber der Name und die Technik (Primo statt Cito).

Sylvia Rugen berichtet vom Projekt „MITsprache“. Dieses Projekt soll Kinder unterstützen, deren Lesefähigkeiten nicht dem Regelstandard entsprechen. Trotz Corona sei das Projekt fortgesetzt worden. „Mitsprache“ sei vorher schon immens wichtig gewesen, aber jetzt in Corona-Zeiten muss es unbedingt weitergehen - das Projekt sollte nicht nur weiterlaufen, sondern je nach Kapazität auch ausgebaut werden. Die Sozialpädagog:innen der Schule seien mit 73 Familien in Kontakt und begleiten 60 Kinder. 86 von 140 Schüler:innen der GS Glockenstraße haben einen Sprachförderbedarf. Ein Mathelabor, zusätzliche Mathestunden, das Projekt „MITsprache“, Leseboxen und Forscherstunden ergänzen das schulische Angebot. Aber es zahle sich trotzdem nicht so aus, dass es für alle Schüler:innen für den Regelstandard reiche. Die hohen Bedarfe der Kinder lassen sich mit einer Lehrkraft nicht mehr ausgleichen. Es bedürfe u. a. auch eine qualifizierte Doppelbesetzung in den Klassen.

Carl Böhm berichtet von der abnehmenden Lesefähigkeit von Schüler:innen. Die Testergebnisse von LALE 5 (Lernausgangslagenerhebung in der 5. Jahrgangsstufe) geben Aufschluss darüber, mit welchem Lernstand die Schülerinnen und Schüler in den Unterricht an den weiterführenden Schulen starten. Seit ca. zehn Jahren seien zurückgehende Lesefähigkeiten zu beobachten. 62 % der Schüler:innen hätten den Regelstandard bei der Lesefähigkeit zuletzt nicht erreicht. Dieses Jahr erreichen 35 Prozent nicht einmal mehr den Mindeststandard und dies sei alarmierend. Ähnlich sehe es in Mathematik aus. Er sei heilfroh, dass an drei Grundschulen im Ortsteil Hemelingen die Einrichtung des Sprachförderprogramms Mitsprache erfolgt sei. An der Wilhelm-Olbers-Schule seien schulinterne Projekte entwickelt worden.

Christa Komar teilt mit, dass sie froh sei, dass es diese Projekte gebe. Lesen und Sprache beginne weit vor der Schulzeit. Sie werde das Thema „Sprachförderung“ im Fachausschuss „Bildung, Soziales, Integration und Kultur“ wieder aufgreifen. Dr. Birgit Ulmer bietet an gerne an diesen Sitzungen teilzunehmen. Ralf Bohr teilt mit, dass er erschrocken sei, dass 35 % der Kinder nicht den Mindeststandard erreichen und fragt sich, ob die jetzt eingeleiteten Maßnahmen ausreichen und wann die Kinder diesen Rückstand noch aufholen sollen. Heike Schilling ergänzt, dass einige Einrichtungen ihr jetzt zur Corona-Zeit gar von rückläufigen Sprachkenntnissen berichtet haben. Uwe Janko fragt nach den Ursachen. Nurtekin Tepe antwortet, dass diese „auf der Hand liegen würde: viele Kinder haben u.a. keines Kita-Platz. Viele Kinder stammen aus Familien, die der deutschen Sprache nicht mächtig seien“. Er schlage einen Runden Tisch oder eine Sondersitzung zum Thema Sprachförderung vor. Gerd Scherer schließt sich dieser Forderung an. Angelika Brand bietet auch persönlich ihre Hilfe bei der Leseförderung an. Carl Böhm bedankt sich. Lesefähigkeit sei eine Grundlage für den Schulerfolg. Die Schulen freuen sich über jeden, der sich engagieren will.

Harry Rechten dankt dem Jugendbeirat für die verbesserte Technik und die Übertragung der Sitzung.

Jörn Hermening schließt um 22:00 Uhr die Sitzung, da laut Geschäftsordnung die maximale Tagungsdauer erreicht sei und kein Beiratsmitglied einen Antrag auf Verlängerung der Sitzung gestellt habe. Die TOP 8 bis 10 Uhr werden auf der Sitzung nicht mehr behandelt.

Nächste Sitzung des Beirates

Die nächste Sitzung des Beirates soll am Donnerstag, den 06.05.2021 um 19:00 Uhr stattfinden.

gez. Hermening
Vorsitzender

gez. Jahn
Beiratssprecher

gez. Lüerssen
Protokoll